

Übersichten

Juni 2002

Außenpolitik

1 Strom nordkoreanischer Botschaftsflüchtlinge reißt nicht ab

Nachdem bereits Ende Mai mehrere Nordkoreaner erfolgreich in die südkoreanische Vertretung in Beijing gelangt und dort um politisches Asyl und Ausreise nach Südkorea nachgesucht hatten, gelang es trotz deutlich verschärfter Sicherheitsvorkehrungen im Botschaftsviertel auch am 6. und 9. Juni weiteren Personen auf dem südkoreanischen Botschaftsgelände Zuflucht zu finden. Die chinesische Regierung hatte von der südkoreanischen Vertretung daraufhin verlangt das ihrige dazu zu tun, künftig derartige Vorkommnisse zu verhindern. Ein erneuter Vorfall dieser Art Mitte Juni führte dann schließlich zu einem Eklat.

Am 13. Juni war es einem Mann aus Nordkorea und seinem minderjährigen Sohn gelungen, vorbei an chinesischen Wachleuten in das etwa einen Kilometer von der südkoreanischen Botschaft entfernt gelegene Konsulatsgebäude einzudringen, um dort um Asyl

zu bitten. Während der Junge in südkoreanischem Gewahrsam in dem Konsulat verblieb, gelang es chinesischen Sicherheitskräften, seinen Vater unter Anwendung körperlicher Gewalt aus dem Konsulatsgebäude zu holen und von der zu Hilfe gerufenen Polizei gegen den Widerstand von Mitarbeitern der südkoreanischen konsularischen Vertretung arrestieren zu lassen.

Über mehrere Tage hinweg blieb der eigentliche Hergang des Ereignisses ungeklärt, da widersprüchliche Schilderungen von chinesischer und südkoreanischer Seite verbunden mit gegenseitigen Anklagen im Raume standen und die chinesischen Behörden die Übermittlung von Bildmaterial über den Vorfall ins Ausland untersagten und in einem Fall auch aktiv unterbanden.

Zugetragen hatte sich offensichtlich Folgendes: Nachdem enteckt worden war, dass es sich bei dem Vater und seinem Sohn um Nordkoreaner handelte, die sich offensichtlich in das Konsulatsgebäude absetzen wollten, um ihre Ausreise nach Südkorea zu erzwingen, drangen Angehörige eines „privaten“ chinesischen Wachdienstes, dem die Bewachung des Gebäudes obliegt, in das Konsulatsgebäude ein und wurden in der Visaabteilung des nordkoreanischen Mannes habhaft. Dieser wurde abgeführt und im Wachhaus auf öffentlichem Straßenland festgehalten, bis herbeigerufene Polizeikräfte eintrafen. Nach chinesischer und von koreanischer Seite letztlich unwidersprochener Darstellung waren die von chinesischer Seite zur Bewachung des Botschaftsviertels außerhalb des südkoreanischen Konsulats stationierten Bediensteten einer Wachfirma von den vom Konsulat selbst beschäftigten chinesischen Wachen herbeigerufen worden und daraufhin in das Konsulatsgebäude eingedrungen.

Südkorea interpretierte dieses Verhalten als Verletzung des exterritorialen Status seines Konsulates durch China, da es sich bei den Wachen um Angestellte einer Regierungsbehörde handelte und deren Einsatz unter der Aufsicht des chinesischen Außenministeriums stattfinde. Es handle sich bei diesem Wachdienst demnach um ein halboffizielles chinesisches Organ der chinesischen Regierung. Die entsprechenden diplomatischen Proteste von

südkoreanischer Seite verbunden mit der Forderung nach einer offiziellen Entschuldigung der chinesischen Regierung waren die unabwendbare Folge. Aus dem chinesischen Außenministerium erfolgte die Zurückweisung dieses Protestes. Die Angehörigen des Wachdienstes hätten korrekt gehandelt, schließlich hätte es sich bei den Eindringlingen auch um Terroristen handeln können, vor denen ausländische Diplomaten zu schützen die Aufgabe der Wachmannschaften sei.

Nachdem der nordkoreanische Mann aus dem Konsulatsgebäude gewaltsam entfernt worden war, sollte er von der chinesischen Polizei abgeführt werden. Mehrere südkoreanische Konsulatsbedienstete versuchten dies zu verhindern, indem sie eine Kette bildeten und sich den Polizeikräften in den Weg stellten, gegen die gewaltsame Festnahme des Nordkoreaners auf dem Konsulatsgelände protestierten und die Herausgabe des Mannes verlangten. Die chinesischen Polizeikräfte setzten körperliche Gewalt gegen die südkoreanischen Diplomaten ein, um den nordkoreanischen Mann abzuführen. Von Stößen und Schlägen war die Rede und mindestens einem Südkoreaner wurde ins Gesicht geschlagen, während ein weiterer zu Boden ging.

Südkorea legte auch gegen dieses Vorgehen der chinesischen Polizei Protest ein, während ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums davon sprach, die südkoreanischen Diplomaten hätten die chinesische Polizei bei der Ausübung ihrer Pflichten behindert und hätten sich eines Verhaltens befleißigt, das in eklatantem Widerspruch zu ihrem Status als Diplomaten stehe.

Noch während des diplomatischen Tauziehens, das sich um das weitere Schicksal sowohl der sich in der Botschaft und im Konsulat Südkoreas befindenden Nordkoreaner als auch des in chinesischem Gewahrsam befindlichen nordkoreanischen Mannes in den folgenden Tagen zwischen Beijing und Seoul entspann und von gegenseitigen Schuldvorwürfen, Anschuldigungen und Entschuldigungsforderungen begleitet wurde, gelang es trotz weiter verschärfter chinesischer Sicherheitsvorkehrungen weiteren Nordkoreanern in die diplomatische Vertretung Süd-

koreas zu gelangen und dort ebenfalls um Asyl nachzusuchen.

Während China kategorisch die Auslieferung aller Botschaftsflüchtlinge, darunter auch zwei in der kanadischen Botschaft, forderte, bemühte sich Südkorea um deren Ausreise in einen Drittstaat, um ihnen danach eine Einreise nach Südkorea zu ermöglichen. Eine Lösung für die aktuell in ausländischen Botschaften befindlichen Nordkoreaner deutete sich an, als die chinesische Regierung am 21. Juni zunächst der Ausreise einer schwangeren Nordkoreanerin zustimmte, die sich in der südkoreanischen Botschaft aufhielt.

Am 23. Juni wurde schließlich der gesamten inzwischen auf 26 Personen angewachsenen Gruppe von Nordkoreanern, die sich zu diesem Zeitpunkt in ausländischen Vertretungen in Beijing aufhielten, und auch dem am 13. Juni bei seinem Versuch gescheiterten Mann, die Ausreise über die Philippinen und Singapur nach Südkorea ermöglicht. Diese Lösung war offensichtlich in Konsultationen zwischen dem chinesischen Außenminister Tang Jiaxuan und seinem südkoreanischen Amtskollegen Choi Sung-hong gefunden worden, die am Rande des ersten Asia Cooperation Dialogue in Cham in Thailand stattgefunden hatten.

Tang war bei seinem Gesprächspartner offensichtlich durchaus auf Verständnis für die chinesische Haltung gestoßen, dass man es nicht zulassen könne, ausländische diplomatische Vertretungen zu Kanälen für illegale Ein- und Ausreise werden zu lassen. So mehren sich auch in Südkorea selbst die Anzeichen dafür, dass man dem Phänomen der nordkoreanischen Botschaftsflüchtlinge zunehmend kritisch gegenüber steht. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Regierung scheint sich die Einschätzung durchzusetzen, dass derartige Vorfälle weder dem Verhältnis zu China noch den erwünschten Verhandlungen um eine Normalisierung mit Nordkorea zuträglich sind. Insgesamt beschränkt sich die Bereitschaft zur Aufnahme nordkoreanischer Flüchtlinge/Migranten/Überläufer auf der Seite der südkoreanischen Regierung offenbar auf medienwirksame Fälle, während insgesamt eine eher reservierte Haltung vorherrscht. So traf ein

Sprecher des chinesischen Außenministeriums ins Schwarze, als er in einem Kommentar polemisch erklärte, Südkorea solle doch seine Grenzen öffnen, wenn es bereit sei, alle nordkoreanischen Asylsuchenden aufzunehmen.

In einer gemeinsamen chinesisch-südkoreanischen Erklärung, die die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge ermöglichte, bezeichneten beide Seiten den Vorfall am 13. Juni als „unglücklichen Zwischenfall“. Ebenfalls beide Regierungen artikulierten ihr Bedauern darüber, dass chinesische Sicherheitskräfte im Zusammenhang mit der gewaltsamen Entfernung des nordkoreanischen Flüchtlings in die südkoreanische Vertretung vorgedrungen waren und südkoreanische Diplomaten angegriffen hatten. Von der zunächst von Südkorea explizit und vehement eingeforderten chinesischen Entschuldigung war keine Rede mehr. Vielmehr konnte das chinesische Außenministerium in einer Stellungnahme erklären, die Volksrepublik China habe derartige Probleme immer auf der Grundlage der relevanten Bestimmungen des internationalen und des chinesischen Rechts sowie im Geist der Humanität behandelt. Die südkoreanische Regierung erklärte das Verhandlungsergebnis damit, dass man zu der Einsicht gelangt sei, dieser Vorfall solle nicht zu einer Schwächung der zukunftsorientierten südkoreanisch-chinesischen Beziehungen führen. (Yonhap, 6.6.02, nach BBC PF, 7.6.02; Yonhap, 7.6.02, nach BBC PF, 8.6.02; Yonhap, 10.6.02, nach BBC PF, 11.6.02; Yonhap, 13.6.02, nach BBC PF, 14.6.02; IHT, 14.6.02; ST, 14.6.02, 15.6.02; WSJ, 14.6.02; XNA, 16.6.02; Kyodo, 17.6.02, nach BBC PF, 18.6.02; Kyodo, 22.6.02, nach BBC PF, 23.6.02; SCMP, 19.6.02, 24.6.02; Yonhap, 22.6.02, nach BBC PF, 23.6.02; Yonhap, 23.6.02, nach BBC PF, 24.6.02; Yonhap, 24.6.02, nach BBC PF, 25.6.02; ZXS, 19.6.02, nach BBC PF, 20.6.02; FT, 21.6.02) -kg-

2 Die SCO – noch das, was China wollte?

Seit dem 7. Juni 2002 und der an diesem Tag in St. Petersburg erfolgten Unterzeichnung der gemeinsamen Charta ist die Shanghai Cooperation

Organisation (SCO) nun auch zu einer Regionalorganisation mit formalem internationalen Status im Sinne des Völkerrechts geworden. Ob dies der multilateralen Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten China, Russland, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan tatsächlich den Schwung geben wird, den die unterzeichnenden Staatsmänner in St. Petersburg vollmundig beschworen, darf angesichts der internationalen Entwicklungen seit dem September des vergangenen Jahres allerdings bezweifelt werden.

Durchaus unterschiedlich ist die Perspektive der sechs beteiligten Staaten. Zwar beschworen auf dem Gipfeltreffen von St. Petersburg alle den so genannten Geist von Shanghai, der sich durch gegenseitiges Vertrauen, Kooperation etc. auszeichne, doch auch aus der gemeinsamen Charta, die die zukünftige legale Grundlage der Arbeit der Organisation bilden soll, sprechen deutlich unterschiedliche Zielsetzungen der Unterzeichnerstaaten.

So heißt es zunächst recht allgemein, die Organisation sei gegründet worden, um gegenseitiges Vertrauen und Freundschaft zwischen den Staaten zu fördern, Kooperation zu stärken, Frieden und Stabilität in der Region zu sichern und die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung der Mitgliedsstaaten voranzutreiben. Die transnationale Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und Separatismus und der Aufbau von gemeinsamen zwischenstaatlichen Strukturen und Mechanismen stehen dabei bekanntlich seit 1996 im Vordergrund.

Die Charta widmet sich jedoch auch Fragen der wirtschaftlichen Kooperation. Kurzfristig sollen hier Kooperationsprojekte in den Bereichen Transportwesen, Energieerzeugung, Wasser sowie Ausbeutung und Transport von mineralischen Energieträgern im Vordergrund stehen. Während also insbesondere China, das bislang 40% seines jährlichen Erdölbedarfs im Ausland deckt und davon zwei Drittel aus dem Nahen Osten per Tankschiff bezieht, erhebliches Interesse an der Erschließung und Nutzung der reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen der zentralasiatischen Staaten in seiner unmittelbaren Nachbarschaft hat, genießt für die Kooperationspartner

Kasachstan, Tadschikistan, Kirgistan und Usbekistan der Aufbau der eigenen Infrastruktur Priorität.

In bilateralen Gesprächen, die der chinesische Präsident Jiang Zemin am Rande des Gipfels mit seinen Amtskollegen der anderen Mitgliedsstaaten führte, wurde dieser Eindruck noch bestätigt. Insbesondere der tadschikische Präsident Rachmonow erklärte, sein Land baue auf die neuen Möglichkeiten der Kooperation mit China im Hinblick auf Infrastrukturprojekte in Tadschikistan. Auch der usbekische Präsident Karimow legte das größte Gewicht auf die Zusammenarbeit mit China in Wirtschaft und Handel.

Hinsichtlich der Kernaufgaben der Organisation erklären die Mitgliedsstaaten in der Charta der SCO, es sei von besonderer Wichtigkeit, eine gemeinsame Anti-Terror-Politik im Rahmen der Vereinten Nationen und auf der Grundlage des Völkerrechts zu formulieren – eine deutliche Kritik an dem Vorgehen der USA im Rahmen der Allianz gegen den Terrorismus.

Das engere Zusammenrücken Russlands mit den USA und der NATO findet sich in dem Dokument nur indirekt wieder. Keine Rede ist nunmehr von einer gemeinsamen ablehnenden Haltung gegenüber NMD oder der einseitigen Aufkündigung des ABM-Vertrags durch die Vereinigten Staaten. Vielmehr wird die bilaterale Vereinbarung zwischen Russland und den USA zur „Reduzierung strategischer Offensivwaffen“ ausdrücklich als wichtiger Schritt auf dem Weg zur nuklearen Abrüstung begrüßt. Der kleinste gemeinsame Nenner, auf den man sich in diesem Kontext nun offensichtlich nur noch verständigen konnte, ist die in der Charta festgehaltene Ablehnung einer Ausdehnung der Rüstung auf das Weltall.

Hinsichtlich des sicherheitspolitischen Verhältnisses zueinander heißt es lediglich, die Mitgliedsstaaten werden es vermeiden, die Stabilität und den Frieden in der Region negativ zu beeinflussen, während sie andererseits vollständige Freiheit in der Wahl der Mittel zur Bewahrung der Sicherheit des eigenen Landes besitzen. Dabei ist jedem Mitgliedsstaat auch die Möglichkeit jeglicher Form der Kooperation mit anderen Staaten unbenommen. Nicht nur Russland, auch die zentral-

asiatischen Staaten, in deren Grenzen die USA seit Ende letzten Jahres sowohl militärisch als auch wirtschaftlich überaus präsent sind, dürften an der entsprechenden Formulierung in der SCO-Charta großes Interesse gehabt haben.

Aufschlussreich war in diesem Zusammenhang besonders eine Aussage des usbekischen Präsidenten Karimow, der dem russischen Präsidenten Putin für seinen Erfolg gratulierte, die USA und die NATO enger an Russland gebunden zu haben. Karimow warnte die anderen Mitgliedsstaaten der SCO, die Organisation werde nur erfolgreich sein, wenn alle Mitglieder die veränderte Weltlage akzeptierten und entsprechend handelten – eine Aufforderung nicht zuletzt an China, sich hinsichtlich der amerikanischen Truppenpräsenz und des Einflusses der USA nicht nur in Usbekistan der Kritik zu enthalten und dies als Faktum hinzunehmen.

Nachdem sich die Organisation bereits nach dem terroristischen Angriff in den USA und der nachfolgend initiierten weltweiten Bekämpfung des Terrorismus seit dem September letzten Jahres selbst in ihren selbstgewählten Kernaufgaben als zahloser Tiger erwiesen hatte und China den mühsam aufgebauten Einfluss in seinem Hinterhof in Zentralasien wieder vollständig zu verlieren drohte, ist auch jetzt weiter zweifelhaft, ob die Kooperation in der SCO für China die Früchte tragen können, die man in Beijing erwartete. Die Einrichtung des Sekretariats der Organisation in Beijing hat bislang wenig mehr als symbolische Bedeutung, da die nunmehr festgelegten formalen Strukturen erst noch mit Leben erfüllt werden müssen. Ob hier jedoch viel mehr entstehen wird als dies auch bilaterale Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet sowie hinsichtlich der Zusammenarbeit in der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität erbringen könnte, darf zum gegenwärtigen Zeitpunkt bezweifelt werden.

Dennoch ist nicht zu leugnen, dass die VR China in die Schaffung eines positiven Umfeldes für die SCO weit mehr getan hat, als dies ansonsten in der chinesischen Außenpolitik üblich war. Die Befriedung seiner schwachen Westgrenzen und die

Sicherung nahe gelegener Vorkommen fossiler Energiequellen bezahlte China denn auch mit erheblichem Entgegenkommen in Territorialfragen. Wohl nicht zuletzt um die SCO und die chinesische Kooperation mit Zentralasien nicht vollends zu leeren Worthülsen werden zu lassen, verzichtete China in einem Grenzabkommen mit Kirgistan auf 70% seiner ursprünglich gegen das Land erhobenen territorialen Ansprüche. Mit nur 1.000 von beanspruchten 28.000 km² im Pamirgebirge gab sich die VR China in den Verhandlungen mit Tadschikistan zufrieden. Angesichts des mit den Demütigungen der chinesischen Geschichte des 19. Jahrhunderts erklärbaren Dogmas der chinesischen Außenpolitik hinsichtlich der Unverletzbarkeit von Territorium und Souveränität, mutet dieser Verzicht auf territoriale Ansprüche geradezu wie ein Paradigmenwechsel an.

Derartig große politische Investitionen müssen sich daher auch auszahlen, so die inhärente Logik. So war es denn auch Jiang Zemin, der auf dem St. Petersburger Gipfeltreffen am vehementesten für die Forcierung von Aktivitäten im neugeschaffenen rechtlichen Rahmenwerk der SCO eintrat. Er rief dazu auf, nunmehr die vorgesehenen Mechanismen und Institutionen aufzubauen, die Einheit und die Kooperation der SCO-Mitglieder zu stärken und dabei sowohl im Hinblick auf die regionale Sicherheit als auch auf die Wirtschaft insbesondere das durch geographische Nähe, Ressourcenreichtum und komplementäre Wirtschaftsstrukturen gegebene Potenzial voll auszuschöpfen. Wirtschaft und Sicherheit seien, so Jiang in seiner Rede, zwei Bereiche, die sich in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit gegenseitig verstärkten und komplementär wirkten.

So könnte sich der Fokus der SCO in der Zukunft durchaus von der von chinesischer Seite intendierten engen politischen Zusammenarbeit hin zu einem auf die Schaffung positiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in der Region ausgerichteten Kooperationsmechanismus verlagern. In diese Richtung gingen bereits perspektivische Äußerungen des kasachischen Präsidenten Nasarbajew, der am Rande des Gipfeltreffens betonte, es sei durchaus im Interesse seines Landes, wenn zukünftig aus der SCO eine Frei-

handelszone in Zentralasien entstehe. (WSJ, 7.6.02; Xinhua, 7.6.02, nach BBC PF, 9.6.02; Xinhua, 7.6.02, nach BBC PF, 10.6.02; Interfax, 7.6.02, nach BBC PF, 9.6.02; NZZ, 8./9.6.02; FAZ, 21.6.02) -kg-

3 Aufrüstung in der Taiwan-Straße

Nachdem Taiwan lange Zeit der weltweit größte Abnehmer von Rüstungsgütern war, übernimmt nun die VR China seit dem Jahr 2000 diese Rolle. Beide Länder gaben während der vergangenen fünf Jahre allein mehr als 20 Mrd. US\$ für Rüstungsgüterimporte aus. Der jüngste Kauf auf Seiten der VR China fand erst Anfang Juni statt. Die russische Regierung stimmte einem Gesuch aus Beijing nach dem Kauf von acht Unterseebooten der Kilo-Klasse zu, die innerhalb der nächsten fünf Jahre ausgeliefert werden sollen.

Internationale Kommentatoren interpretieren diese Aufstockung des chinesischen Bestands von bislang bereits vier U-Booten dieses Typs als einen weiteren Schritt im Wettrüsten zwischen Taiwan und China. Die kürzlich zwischen Beijing und Moskau besiegelte U-Boot-Lieferung im Wert von 1,6 Mrd. US\$ ist nur ein Teil der Vereinbarung, in deren Rahmen China darüber hinaus neben der Bewaffnung der Unterseeboote mit dem Schiffabwehrraketensystem Klub-S im Laufe der nächsten Jahre auch zwei weitere Zerstörer der Sovremenny-Klasse, Flugabwehrraketen des Typs S300 PMU2 sowie 40 Jagdbomber des Typs 30MKK in einem Gesamtwert von etwa 4 Mrd. US\$ von Russland beziehen wird.

Mit der Aufrüstung und der Modernisierung im Bereich der Flotte wird eine chinesische Strategie deutlich, die sich spätestens seit 1996 herausgebildet hat. Damals hatte im Anschluss an einen chinesischen Raketenabschuss vor Taiwan ein Flugzeugträger der US-Streitkräfte demonstrativ Stellung in der Taiwan-Straße bezogen und damit den amerikanischen Willen zum Schutz der Inselrepublik bekundet. Seither hat die VR China in ihrer Absicht, eine Wiedervereinigung des chinesischen Festlands mit der als abtrünnig angesehenen Provinz Taiwan

notfalls auch durch den Einsatz militärischer Mittel herbeizuführen, eine doppelgleisige Strategie entwickelt. Neben dem Ausbau des Drohpotenzials gegen die Insel mittels derzeit ca. 400 Raketen, die entlang der chinesischen Küste in Fujian stationiert sind, sind auch die Invasionskräfte bereits deutlich verstärkt worden.

Mit dem Aufbau insbesondere der inzwischen mit 100 Unterseebooten (die geplante Lieferung eingeschlossen) größten derartigen Flotte in Asien, wird es der Volksrepublik darüber hinaus möglich sein, eine effektive Seeblockade gegen das vom Außenhandel abhängige Taiwan zu errichten und des Weiteren im militärischen Konfliktfall auch ein Eingreifen amerikanischer Flottenverbände zu verhindern. So weit die Strategie. Diese wird aus Sicht von Beobachtern jedoch frühestens im Jahr 2005 greifen, da erst für dieses Jahr – eine lineare Entwicklung auf der Basis der aktuellen Situation vorausgesetzt – der bislang bestehende militärische Status quo zwischen Taiwan und China zugunsten der Volksrepublik fallen wird.

Zusätzlich handelt es sich aus chinesischer Sicht um eine Rechnung mit mehreren Unbekannten. Zunächst wird der jetzt besiegelte Ankauf der russischen U-Boote dahingehend interpretiert, dass sich das chinesische U-Boot-Programm, das seit den neunziger Jahren mit israelischer Unterstützung läuft, in einer technischen Krise befindet. Bereits Mitte der neunziger Jahre hatte sich bei Prototypen aus diesem Programm gezeigt, dass insbesondere die starke Geräuschentwicklung der Schiffe eine zu große Verwundbarkeit durch einfache Ortung bedeutet hätte. Danach waren offensichtlich umfangreiche schiffbauerische Veränderungen vorgenommen worden, die – so die Spekulation im Zusammenhang mit dem jetzigen U-Boot-Kauf – nicht die gewünschten Erfolge erbracht haben dürften. Ein modernes Unterseeboot aus chinesischer Produktion dürfte demnach auch in der absehbaren Zukunft nicht zur Verfügung stehen. Dies ist für die chinesische Militärführung umso schmerzlicher, als die Mehrzahl der Schiffe ihrer U-Boot-Flotte hoffnungslos veraltet ist und auf ein sowjetisches Design der sechziger Jahre zurückgeht.

Auch die Eingliederung neuerer russischer U-Boote hat sich jedoch als nicht unproblematisch erwiesen, so amerikanische Militärexperten. Neben Schwierigkeiten aufgrund ungenügender Ausbildung der chinesischen Mannschaften sind es vor allem die Batterien dieses Schiffstyps, die große Störanfälligkeit aufweisen sollen. Hinzu kommt, dass bis zum heutigen Tage alle größeren Wartungs- und Reparaturarbeiten an den Schiffen in Russland durchgeführt werden. Auch die Bewaffnung der neu bestellten U-Boote mit Anti-Schiffsraketen mit einer Reichweite von 225 km stellt aus amerikanischer Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine ernsthafte Bedrohung ihrer Flottenoperationen in Asien dar. Sinnvoll eingesetzt werden könnten die Klub-S Raketensysteme erst, wenn chinesische U-Boot-Besatzungen in der Lage wären „über den Horizont zu schauen“. Zu dieser Aufklärung und Zielanpeilung über größere Strecken bedarf es des koordinierten Einsatzes von Schiffen, Flugzeugen und Satelliten, an dem es der Volksrepublik China aus amerikanischer Sicht jedoch bislang mangelt.

Damit ist ein weiterer Schwachpunkt der chinesischen militärischen Modernisierung benannt. Im Rahmen der Anstrengungen zur Trennung von Wirtschaft und Militär im Laufe der vergangenen Jahre sind in China zwar durchaus zukunftssträchtige Unternehmen aus dem militärisch-wirtschaftlichen Komplex hervorgegangen, aufgrund der Ausrichtung auf marktwirtschaftliche Erfordernisse konzentrieren sich diese Unternehmen jedoch meist stark auf den zivilen Markt – die Entwicklung militärischer Produkte geriet dabei nicht selten ins Hintertreffen.

Auch Taiwan, dem die Volksrepublik China verstärkte separatistische Tendenzen vorwirft, und dessen Schutzmacht USA sehen den chinesischen Militäranstrengungen andererseits nicht tatenlos zu. Dem Bekenntnis des US-Präsidenten Bush zur Verteidigung Taiwans auch unter Anwendung von Gewalt folgten auch Zusagen für die Ausrüstung der taiwanesischen Streitkräfte mit modernen Waffensystemen, um das Gleichgewicht der Abschreckung an der Taiwan-Straße zu erhalten. Sollten all diese Zusagen auch tatsächlich eingehalten wer-

CHINA aktuell

len – woran Zweifel durchaus angebracht ist – so konzentriert es sich um das größte Waifengeschäft zwischen den Vereinigten Staaten und Taiwan seit 30 Jahren. Unter den zugesagten Rüstungsgütern befinden sich 12 P-3C Flugzeuge zur Bekämpfung von U-Booten, vier Zerstörer der Kidd-Klasse, 30 Angriffshubschrauber des Typs AH-64D Apache, Langstreckenradarsysteme und Patriot III Raketen.

Hinsichtlich der Taiwan ebenfalls von den USA versprochenen acht konventionell angetriebenen U-Booten ist bereits davon auszugehen, dass eine Lieferung nicht zustande kommen wird. In den USA selbst wird dieser Schiffstyp bereits seit Jahren nicht mehr gebaut, und sowohl Deutschland als auch die Niederlande, die über derartige Unterseeboote verfügen, haben bereits erklärt, dass weder ihre Blaupausen noch die Schiffsbauunternehmen dieser Länder für einen solchen Deal zur Verfügung stehen werden.

Parallel zu den Einkäufen auf dem internationalen Markt für Kriegsmaterial untermauern Taiwan und China ihre Einschätzung der Lage durch die Ausweitung ihrer eindeutig gegen die möglichen militärischen Ambitionen der jeweiligen Gegenseite gerichteten Militärmanöver. Während die chinesische Armee und Flotte im Rahmen zunehmend komplexerer Manöver die Invasion Taiwans und die gleichzeitige Blockade und Abwehr amerikanischer Flottenverbände probt, dienen die taiwanesischen Manöver entsprechenden Abwehrstrategien. Insbesondere auf taiwanesischer Seite stieg die reine Zahl solcher Militärübungen von jährlich ganzen 47 noch zu Zeiten der Guomindang-Regierung unter der Präsidentschaft Chen Shuibians erheblich an. Seit seiner Amtsübernahme im Jahr 2000 wurden allein mehr als 300 solcher Manöver durchgeführt.

Erst im Mai wurde mit dem jährlich stattfindenden „Han Kuang“-Manöver das bislang größte seiner Art in der Geschichte der Inselrepublik durchgeführt. 42 Tage lang standen alle Aspekte der Landesverteidigung auf dem Plan. Einen Qualitätssprung stellte hierbei in diesem Jahr die erstmalige direkte Einbeziehung von US-Offizieren in die Planung, Organisation und Durchführung der Mili-

tärübungen dar, deren Ziel es war, auch die Interaktion taiwanesischer und amerikanischer Verbände zu trainieren und die Informationsmechanismen zwischen den Streitkräften beider Länder zu überprüfen. Interessanterweise blieb zu diesem Vorgehen die ansonsten in derartigen Zusammenhängen übliche lautstarke Kritik aus Beijing praktisch aus. (HB, 4.6.02; *Sing Tao Jih Pao* online, 10.6.02, nach FBIS, 14.6.02; ST, 14.6.02; IHT, 25.6.02; CNAT, 26.6.02, nach BBC PF, 27.6.02; WSJ, 28.6.02) -kg-

4 China in der deutschen Asienpolitik

Am 25. Juni stellte die deutsche Bundesregierung ihr neues Asienkonzept der Öffentlichkeit vor. Neben Japan bildet China einen deutlichen Schwerpunkt der deutschen Strategie, mit der die Bundesregierung nach eigener Aussage innerhalb der Europäischen Union eigene Akzente für ein stärkeres politisches Engagement in dieser Weltregion setzen will.

Die grundlegenden Aussagen innerhalb des Gesamtkonzepts sind wohl die Formulierungen, in denen es erstmals deutlich heißt, Deutschland habe eigene nationale Interessen in der Region, und auf Entwicklungen in Asien, die potenziell globale und damit auch Auswirkungen auf die deutschen Belange hätten, auf die Deutschland Einfluss geltend machen müsse. In diesem Zusammenhang wird im Falle Chinas als primäres Anliegen der deutschen Außenpolitik die Bemühung um eine verstärkte Integration der wirtschaftlich und politisch rasch an Gewicht gewinnenden Volksrepublik China genannt. Durch Dialog soll insbesondere ein Prozess gefördert werden, in dessen Rahmen China überzeugt werden soll, als Regionalmacht in Asien und Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mehr Verantwortung für regionale Stabilität und Weltfrieden zu übernehmen als das bislang der Fall ist.

Als wichtige Säulen der deutschen Chinapolitik gelten die Verbesserung der Menschenrechtslage, die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Entwicklungszusammenarbeit, die Umweltpolitik und die Wissenschafts- und Hochschulkooperati-

on. Im Zusammenhang mit der erwünschten Verbesserung der Menschenrechtslage soll der deutsche Einfluss offensichtlich nicht durch medienwirksame öffentliche Anprangerung der Defizite, sondern vielmehr durch Dialog auf Expertenebene, insbesondere aber auch über den als erfolgreich bezeichneten Rechtsstaatsdialog geltend gemacht werden.

Zu den Politikfeldern, in denen sich negative Entwicklungen in China global und damit potenziell auch auf Deutschland auswirken können, zählt die Bundesregierung den Umweltschutz aber auch das destabilisierende Potenzial der Ausweitung des innerchinesischen Entwicklungs- und Wohlstandsgefälles. Während hier die deutsche Entwicklungspolitik ihren Beitrag leisten soll, werden die Problemthemen Terrorismus, grenzüberschreitende Kriminalität einschließlich des Drogen-, Waffen- und Menschenhandels sowie der illegalen Migration aus der nationalen Politik weitgehend ausgelagert und dem Verantwortungsbereich der EU-Außenpolitik zugeschrieben.

Das Regionalkonzept Ostasien der Bundesregierung, in dem die Zielsetzung der deutschen Politik für China enthalten ist, kann im Internet unter <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/asien/ostasien.pdf> nachgelesen werden. (FAZ, 26.6.02) -kg-

5 Deutschland wird Zielland des chinesischen Auslandstourismus

Mit der Unterzeichnung eines Memorandums durch den deutschen Wirtschaftsminister Müller und den Vorsitzenden der Staatlichen Chinesischen Tourismusbehörde, Sun Gang, fanden mehr als zweijährige bilaterale Verhandlungen am 1. Juli in Beijing ihren vorläufigen Abschluss. Seit diesem Datum besitzt Deutschland als erstes Land der Europäischen Union den von der chinesischen Regierung verliehenen so genannten „Approved Destination Status“ (ADS), der es chinesischen Staatsbürgern offiziell ermöglicht, an rein touristischen Gruppenreisen in das betreffende Land teilzunehmen. In Westeuropa war bisher

nur Malta anerkanntes Ziel des chinesischen Auslandstourismus.

Obwohl bislang sowohl von chinesischer als auch von deutscher Seite rein touristische Aufenthalte von Chinesen in Deutschland offiziell nicht gestattet waren, entwickelte sich in den letzten Jahren ein beständig wachsender Strom chinesischer Pauschal-touristen nach Deutschland – offiziell als Geschäfts- und Delegationsreisen bezeichnet. Den Stellenwert und das Potenzial des chinesischen Auslandsreisemarktes für die deutsche Tourismusbranche kann man unschwer daran erkennen, dass China im vergangenen Jahr gemessen an der Zahl von ca. 500.000 Hotelübernachtungen in Deutschland zum drittgrößten Über-seemarkt nach den USA und Japan avancierte. Da chinesische „Geschäftsreisen“ im Rahmen von Gruppenreisen in der Regel jeweils mehrere europäische Länder besuchen und sich im Schnitt wenig mehr als zwei Tage in Deutschland aufhalten, geht man für 2001 von einer Zahl von 236.000 Reisenden aus China aus – Verwandtenbesuche nicht mitgerechnet.

Knackpunkte in den bilateralen Verhandlungen waren lange Zeit die Art und der Stellenwert der geplanten Vereinbarung, die Auswirkungen auf andere EU- und Schengen-Staaten und nicht zuletzt Fragen der irregulären Immigration und der Rückführung illegaler chinesischer Einwanderer. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Schengen-Region wurde eine ursprünglich diskutierte Beschränkung des Visums auf Deutschland offensichtlich nicht umgesetzt. Lediglich der Zusatz ADS soll nun auf dem deutschen Sichtvermerk für chinesische Touristen, die nach dieser bilateralen Vereinbarung nach Deutschland reisen, den besonderen Status kennzeichnen. Dem Vernehmen nach stehen auch andere Staaten der EU und auch die EU-Kommission in Verhandlungen mit der chinesischen Regierung über die Gewährung des Approved Destination Status.

Hinsichtlich der Frage, wie dem Missbrauch touristischer Gruppenreisen nach Deutschland durch illegale Immigration zu begegnen sei, die insbesondere dem deutschen Innenministerium das größte Kopfzerbrechen bereitete, wurde festgelegt, die

chinesische Seite werde dafür sorgen, dass die Reisegruppen geschlossen ein- und ausreisen werden. Sollten Teilnehmer an Gruppenreisen illegal in Deutschland verbleiben, soll eine umgehende Zusammenarbeit der beteiligten Reiseagenturen mit den zuständigen chinesischen und deutschen Behörden eine schnellstmögliche Rückführung der betroffenen Personen ermöglichen. Einzelheiten werden jedoch noch in bilateralen Gesprächen zwischen den zuständigen Ministerien geklärt werden.

Auf chinesischer Seite sind zukünftig für die Organisation von touristischen Auslandsreisen autorisierte Reiseunternehmen, deren Zahl zwischen 65 und 100 schwankt, für die Abwicklung von Gruppenreisen nach Deutschland zuständig. Auf deutscher Seite soll nach chinesischem Willen ebenfalls eine Liste potenzieller Partnerreisebüros für das Incoming-Geschäft aufgestellt werden. Diese Liste wird der Deutsche Industrie- und Handelskammertag auf der Grundlage von Interessenbekundungen aller Reiseagenturen führen, die nach geltendem Recht in Deutschland tätig sein können, was auch Anbieter aus anderen EU-Ländern einschließt. (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 1.7.02, 8.7.02) -kg-

6 Ungewisse Zukunft der militärischen Zusammenarbeit mit den USA

Während sich sowohl der Stellvertretende chinesische Außenminister Wang Yi als auch der amerikanische Außenminister Powell im Gespräch in Washington am 24. Juni auf gegenseitige Komplimente über die positive Rolle des jeweils anderen Staates hinsichtlich der Bewahrung der Stabilität beschränkten, standen wenige Tage später in Beijing handfeste Interessen auf der Tagesordnung. Zunächst aber schmeichelte Powell seinem chinesischen Gesprächspartner mit der Formulierung, die USA wünschten sich, dass China seine Rolle hinsichtlich der Wahrung der regionalen Stabilität in Asien spiele. Die Vereinigten Staaten, so Powell weiter, sähen die Volksrepublik China als Kooperationspartner an und verträten die Ansicht, beide Seiten sollten ihre Differenzen durch

Dialog und Zusammenarbeit beilegen. Wang Yi beschränkte sich gleichermaßen diplomatisch auf die Aussage, China begrüße die positive und konstruktive Rolle, die die USA hinsichtlich der Wahrung von Frieden, Stabilität und Entwicklung in Asien gespielt hätten.

Nur wenige Tage darauf besuchte mit Peter W. Rodman (Assistant Secretary) der höchstrangige Vertreter des US-Verteidigungsministeriums seit der Flugzeugkollision über dem Südchinesischen Meer am 1. April 2001 China zu offiziellen Gesprächen. Offiziell mit der Aufgabe betraut, Möglichkeiten einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit China im militärischen Bereich auszuloten, sprachen Vertreter des amerikanischen Verteidigungsministeriums unverblümt davon, es gehe dabei in erster Linie darum, den bilateralen militärischen Austausch stärker zu Gunsten der USA auszurichten, die bislang vergeblich auf mehr Transparenz und Entgegenkommen der chinesischen Seite gewartet hatten.

In einem Gespräch mit Chi Haotian, stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Militärkommission, Verteidigungsminister und Staatsratsmitglied, unterbreitete Rodman am 27. Juni den Wunsch seiner Regierung, den bilateralen Austausch zwischen den Streitkräften beider Länder stärker zu fördern. Von seinem chinesischen Gesprächspartner musste sich der Vertreter der Vereinigten Staaten jedoch sagen lassen, die militärischen Beziehungen hätten während der vergangenen zwei Jahre ein Auf und Ab erlebt, das wesentlich auf das Verhalten der USA zurückzuführen sei. Die Vereinigten Staaten müssten hier Verantwortung übernehmen. Ansonsten sei die Volksrepublik China jedoch durchaus an einer weiteren Entwicklung der Beziehungen auch auf militärischem Gebiet interessiert, solange diese sich in die Entwicklung der allgemeinen bilateralen Beziehungen einfügen und den Prinzipien der Gleichheit, des beiderseitigen Vorteils und des Vertrauens folgten.

Über konkretere Ergebnisse der Gespräche wurde nichts bekannt. Unterdessen gab es nur einen Tag nach dem offiziellen Gespräch zwischen Rodman und Chi in Beijing einen erneuten Bericht über einen engen militäri-

schen Kontakt zwischen China und den USA. Nur 15 Monate nach der Kollision über dem Südchinesischen Meer begegneten sich im internationalen Luftraum vor der chinesischen Küste nördlich von Taiwan wiederum chinesische Abfangjäger des Typs F-7 und eine Spionagemaschine der amerikanischen Seestreitkräfte. Über mehrere Minuten flogen die chinesischen Piloten im Abstand von nur 45 m einen Parallelkurs. Zu einem Zwischenfall kam es allerdings nicht. (Xinhua, 25.6.02, nach BBC PF, 26.6.02; SCMP, 27.6.02; Xinhua, 27.6.02, nach BBC PF, 28.6.02; XNA, 28.6.02; ST, 28.6.02) -kg-

7 Einigung mit Japan über Schiffswrack

Nach monatelangem diplomatischen Tauziehen um das nach japanischem Beschuss am 22. Dezember letzten Jahres vor der chinesischen Küste gesunkene Schiff, von dem Japan vermutet, es habe sich um ein nordkoreanisches Spionage- oder Schmugglerboot gehandelt, wurde nun Ende Juni zwischen China und Japan Einvernehmen über die Bergung des Wracks herbeigeführt.

Demnach ist die japanische Seite, die ein erhebliches Interesse an einer zügigen Bergung noch vor dem Beginn der diesjährigen Taifunsaison hatte, nunmehr berechtigt, das Wrack unter chinesischer Aufsicht zu heben. Über den Fortgang der Aktion und auch über die Ergebnisse der Untersuchung des Schiffs hat die japanische Regierung China ständig zu unterrichten.

Ein bislang zwischen China und Japan noch völlig ungeklärter Punkt sind die Kompensationszahlungen, die chinesische Fischer von der japanischen Regierung dafür verlangen, dass sie aufgrund der ständigen Anwesenheit von Schiffen der japanischen Küstenwache seit Dezember letzten Jahres ihrer Arbeit nicht mehr im üblichen Maße nachgehen konnten und daher erhebliche Einkommenseinbußen zu verzeichnen hatten. Dem Vernehmen nach verlangt die chinesische Regierung in diesem Zusammenhang von Japan mehrere hundert Millionen Yen. Japan ist jedoch prinzipiell nicht bereit zu Ausgleichszahlungen, die unter der Bezeichnung Entschädigung

laufen. Während die chinesische Seite nach der Erteilung der Genehmigung zur Bergung des Schiffes davon sprach, Verhandlungen über japanische Kompensationszahlung für die Verluste der chinesischen Fischer würden fortgesetzt, dementierte die japanische Außenministerin Kawaguchi Gespräche über japanische finanzielle Kompensationen. (ZXS, 27.6.02, nach BBC PF, 28.6.02; Kyodo, 6.6.02, nach BBC PF, 7.6.02; Kyodo, 18.6.02, nach BBC PF, 19.6.02; Kyodo, 19.6.02, nach BBC PF, 20.6.02; WSJ, 18.6.02) -kg-

Innenpolitik

8 Jahrestag der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989

Am 4. Juni jährte sich die Niederschlagung der Protestbewegung im Sommer 1989, bei der in Beijing und anderen chinesischen Städten mindestens mehrere hundert Studenten ihr Leben verloren hatten, zum 13. Mal. Während in Hongkong wie in den Vorjahren am Abend dieses Jahrestags eine Kerzenwache zum Gedenken an die Opfer abgehalten wurde, wurden vom Festland keine größeren Gedenkaktionen bekannt. An neuralgischen Orten wie etwa dem Universitätsbezirk in Beijing, von dem 1989 die Protestaktionen in der Hauptstadt ausgegangen waren, war erneut ein großes Sicherheitsaufgebot bestellt worden.

Der Jahrestag fiel diesmal zeitlich mit der Austragung des ersten Spiels Chinas in der Vorrunde der Fußball-Weltmeisterschaft zusammen. In Südkorea trat die chinesische Mannschaft, die sich nach 44 Jahren zum ersten Mal für die Teilnahme an einer Weltmeisterschaft qualifiziert hatte, am Nachmittag dieses Tages gegen Costa Rica an.

Einerseits befürchteten die Behörden, dass das sportliche Ereignis, das den chinesischen Nationalstolz empfindlich berührte, Anlass für Massenunruhen mit unberechenbarer politischer Dynamik geben könnte. Insbesondere war man besorgt, dass es im Stadion in Gwangju selbst zu Protestaktionen

kommen könnte, die dann für Millionen von Fernsehzuschauern in China sichtbar geworden wären. Angeblich hatten die südkoreanischen Behörden aber zugesagt, jegliche Protestaktionen zu unterbinden. Dennoch wurde die Übertragung des Spiels, das China mit 0:2 Toren verlor, an öffentlichen Plätzen in chinesischen Großstädten teilweise eingeschränkt. Andererseits bot das Spiel aus offizieller Sicht ein willkommenes Spektakel, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu absorbieren und von der Erinnerung an den 4. Juni 1989 abzulenken.

Zum Jahrestag trat Zhang Liang an die Öffentlichkeit, der Kompilator der im Januar 2001 veröffentlichten *Tiananmen-Akte*, die die Ereignisse des Frühjahrs und Sommers 1989 in zahlreichen Einzeldokumenten nachzeichnet (vgl. C.a., 2001/1, Ü 11). In der chinesischsprachigen Presse Hongkongs und im Rundfunk berichtete er von Untersuchungen, die die chinesischen Behörden innerhalb- und außerhalb Chinas veranlasst hätten, um aufzudecken, auf welchen Wegen die in der Buchpublikation veröffentlichten parteiinternen Dokumente außer Landes gebracht worden seien. Die Regierung habe eine Sondereinheit unter der Leitung Luo Gans, des Chefs des Sicherheitsapparats, zur Untersuchung des Vorfalles gebildet. Die Einheit habe in mindestens zehn Provinzen Razzien durchgeführt, um in Behördengebäuden und Privatwohnungen nach Hinweisen auf die Entwendung klassifizierter Dokumente zu fahnden; auch seien zahlreiche hohe Funktionäre telefonisch und physisch überwacht worden. Mindestens 23 Personen seien verhört bzw. unter Verfügungsarrest der lokalen Sicherheitsbehörden gestellt worden. Auch ins Ausland, insbesondere in die USA, nach Japan und Taiwan sowie nach Hongkong sollen in mindestens 130 Fällen Agenten entsandt worden sein, um mögliche Verbindungen zu dem Kompilator des Buches Zhang Liang (Pseudonym) aufzudecken, dessen Identität bisher nicht geklärt ist.

Fraglich ist, woher Zhang Liang diese Informationen bezogen hat, die sich nicht unabhängig bestätigen lassen. Dass aber die chinesischen Behörden ein starkes Interesse daran haben dürften, den oder die Kompilatoren